

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich Finanzen	Datum 14.04.2003
	Schriftführer Rolf Büchel
	Telefon-Nr. 02202/142607
Niederschrift	
Finanz- und Liegenschaftsausschuss	Sitzung am Donnerstag, 3. April 2003
Sitzungsort Rathaus ladbach, Großer Sitzungssaal, Konrad-Adenauer-Platz 1, 51465 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:05 Uhr - 20:20 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	
Inhalt	
<p>A <u>Öffentlicher Teil</u></p> <p>1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit</p> <p>2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 05.12.2003 (Öffentlicher Teil)</p> <p>3. Mitteilung über die Durchführung der in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 05.12.2002 gefassten Beschlüsse (Öffentlicher Teil) <i>121/2003</i></p> <p>4. Mitteilung des Vorsitzenden</p> <p>5. Mitteilung der Bürgermeisterin</p> <p>6. a) Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Errichtung und Unterhaltung von städtischen Unterkünften sowie Gebührensatzung für die Benutzung von</p>	

städtischen Unterkünften

b) Benutzungsordnung für städtische Unterkünfte

633/2002

7. **Änderung der Richtlinien für die Benutzung der Räumlichkeiten in den Schulgebäuden sowie für die Inanspruchnahme der städtischen Sportstätten**
45/2003
8. **Satzung zur Erhebung von Sondernutzungsgebühren für Märkte und andere marktähnliche Veranstaltungen, Kirmessen, Schützenfeste und Zirkusveranstaltungen auf Straßen, Wegen und Plätzen im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach**
183/2003
- 8a. **Parkraumbewirtschaftung**
154/2003
9. **Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2002**
122/2003
10. **Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung
- Bericht über den Grundstücksverkehr 2002 -**
80/2003
11. **Wirtschaftsplan 2003 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung"**
205/2003
12. **Beratung über den Haushaltsplanentwurf 2003
hier: Hochbaumaßnahmen FB 6**
105/2003
13. **Beratung über den Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltssicherungskonzeptes der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2003 und das Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2002 - 2006**
220/2003
14. **Haushaltsreste-Liste 2002**
132/2003
15. **Antrag der CDU-Fraktion vom 13.03.2003 zur Neufassung der Satzung zur Erhebung von Gebühren für Märkte und andere marktähnliche Veranstaltungen, Kirmessen, Schützenfeste und Zirkusveranstaltungen im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach**
217/2003
16. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

B Nichtöffentlicher Teil

1. **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 05.12.2003 (Nichtöffentlicher Teil)**
2. **Mitteilung über die Durchführung der in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 05.12.2002 gefassten Beschlüsse (Nichtöffentlicher Teil)**
123/2003
3. **Mitteilung des Vorsitzenden**
4. **Mitteilung der Bürgermeisterin**
124/2003
- 5.-13. **Grundstücksangelegenheiten**
223/2003, 107/2003, 195/2003, 104/2003, 187/2003, 188/2003, 190/2003, 197/2003, 166/2003
14. **Abschluss einer Ergänzungsvereinbarung zum Mietvertrag über das Objekt Paffrather Straße 216 (Übergangsheim)**
133/2003
15. **Förderung von Mietwohnungen im sozialen Wohnungsbau**
hier: Zustimmung zur Genehmigung der Schuldübernahme durch die LEG Gesellschaft für Vertrieb und Mietprivatisierung mbH und der Schuldhaftentlastung von der Zahnärztekammer Nordrhein -Versorgungswerk- für das Objekt Hebborner Feld 44-52 in 51467 Bergisch Gladbach
125/2003
16. **Bürgschaftsübernahme**
hier: Übernahme einer Ausfallbürgschaft für die Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH
126/2003
17. **Antrag der SPD-Fraktion vom 10.03.2003 zum Vermögen der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH**
215/2003
18. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 10.03.2003 zum Steuer-
aufkommen ausgewählter Betriebe**
216/2003
19. **Antrag der SPD-Fraktion vom 17.03.2003 zu evtl. Nachverhandlungen zum Verkaufspreis Busbahnhof**
227/2003
20. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende eröffnet um 17:05 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Finanz- und Liegenschaftsausschusses fest.

2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 05.12.2003 (Öffentlicher Teil)

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

3 Mitteilung über die Durchführung der in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 05.12.2002 gefassten Beschlüsse (Öffentlicher Teil)

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

4 Mitteilung des Vorsitzenden

Der Ausschussvorsitzende teilt mit, dass dies heute seine letzte Sitzung als Vorsitzender sei.

Für die gute Zusammenarbeit möchte er sich im Anschluss an die nächste Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses bei den Ausschussmitgliedern mit einem kleinen Umtrunk bedanken.

5 Mitteilung der Bürgermeisterin

Herr Kotulla unterrichtet den Ausschuss über den derzeitigen Stand der Gewerbesteuerereinnahmen. Hierbei gibt es keine gravierenden Ausreißer nach bzw. unten. Zurzeit befindet man sich auf dem Niveau des Vorjahres.

Zur Entwicklung des Einkommen- und Umsatzsteueranteil lässt sich derzeit noch keine Aussage machen, da die Zahlen für das I. Quartal 2003 noch nicht vorliegen.

6 a) Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Errichtung und Unterhaltung von städtischen Unterkünften sowie Gebührensatzung für die Benutzung von städtischen Unterkünften b) Benutzungsordnung für städtische Unterkünfte

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

- a) Die Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Errichtung und Unterhaltung von städtischen Unterkünften sowie die Gebührensatzung für die Benutzung von städt. Unterkünften wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.
- b) die Benutzungsordnung für die städtischen Unterkünfte wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

7 **Änderung der Richtlinien für die Benutzung der Räumlichkeiten in den Schulgebäuden sowie für die Inanspruchnahme der städtischen Sportstätten**

Bevor über den Beschlussvorschlag abgestimmt wird, regt Herr Freese nochmals an, für Sportvereine keine Entgelte zu erheben.

Sodann wird wie folgt abgestimmt:

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	mehrheitlich	(9 Ja-Stimmen der Fraktionen von CDU und F.D.P.; 5 Nein-Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
	bei 1 Enthaltung	(der Fraktion der KIDinitiative)

Beschluss:

Der Rat möge beschließen, dass die zum 01.01.2003 in Kraft getretenen Richtlinien für die Benutzung der Räumlichkeiten in den Schulgebäuden sowie für die Inanspruchnahme der städtischen Sportstätten in Punkt 2.3 folgendermaßen geändert werden:

2.3 Ein Nutzungsentgelt wird nicht erhoben

- a) *für die sportliche Nutzung der Sportstätten (mit Ausnahme der städtischen Tennisplätze) durch Vereine, die dem Stadtsportverband Bergisch Gladbach e.V. angehören.*

Ausnahmen:

Die Nutzung der Sportstätten der Stadt Bergisch Gladbach durch Sportvereine im Rahmen ihres Kurssystems für den Erwachsenensport (zusätzliche Sportangebote gegen zusätzliche Gebühr für Teilnehmerinnen und Teilnehmer) ist im Rahmen der zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten gegen eine Beteiligung an den Betriebskosten in Höhe von 5,- € je Nutzungsstunde möglich. Die Betriebskostenbeteiligung ist vor Beginn der Kurse in einer Summe für den gesamten Zeitraum zu

entrichten (siehe Punkt 2.5)

Die Nutzung der Sportstätten der Stadt Bergisch Gladbach durch Sportvereine für sportliche Veranstaltungen, Turniere, Kreismeisterschaften etc. (außerhalb der regelmäßigen Meisterschaftssaison) bei denen Speisen und Getränke gegen Bezahlung angeboten werden, ist im Rahmen der zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten gegen eine Beteiligung an den Betriebskosten in Höhe von 50,-- € pro Tag möglich. Eine Kostenbeteiligung bei Kinder- und Jugendveranstaltungen erfolgt nicht.

Die Betriebskostenbeteiligung ist vor Beginn der Veranstaltungen in einer Summe zu entrichten (siehe Punkt 2.5).

Diese Regelung gilt analog auch für die Benutzung von Räumlichkeiten in den Schulgebäuden sowie für die Inanspruchnahme der städtischen Sportstätten nach den Buchstaben d), e) und f).

Die Kostenbeteiligung wird erstmals ab 01.01.2004 erhoben.

8 Satzung zur Erhebung von Sondernutzungsgebühren für Märkte und andere marktähnliche Veranstaltungen, Kirmessen, Schützenfeste und Zirkusveranstaltungen auf Straßen, Wegen und Plätzen im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach

Nachdem Herr Widdenhöfer auf die Frage von Herrn Waldschmidt erklärt hat, wieso für die Benutzung der Märkte (insbesondere des Konrad-Adenauer-Platzes) keine Entgelte auf privatrechtlicher Basis erhoben werden können, fasst der Ausschuss folgenden Beschluss:

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Die Satzung zur Erhebung von Sondernutzungsgebühren für Märkte und andere marktähnliche Veranstaltungen, Kirmessen, Schützenfeste und Zirkusveranstaltungen auf Straßen, Wegen und Plätzen im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

8 Parkraumbewirtschaftung

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung (der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beschlussvorschlag:

Die Neufassung der Gebührenordnung für Parkuhren/Parkscheinautomaten in der Stadt Bergisch Gladbach (Parkgebührenordnung) wird entsprechend der beigefügten Anlage unter Berücksichtigung der im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Ver-

kehr erfolgten Modifikation beschlossen.

9 Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2002

Nachdem die Herren Kotulla und Muth kurze Erläuterungen zur überplanmäßigen Ausgabe bei Hst. 910 911 08 -Zuführung allgemeine Rücklage- gemacht haben, wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

**10 Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung
- Bericht über den Grundstücksverkehr 2002 -**

Nachdem Herr Martmann zum Bericht noch einige Erläuterungen - insbesondere zum Ankauf von Grundstücken im Bereich Spitze - gemacht hat, wird die Mitteilungsvorlage vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

11 Wirtschaftsplan 2003 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung"

Zunächst teilt Herr Martmann mit, dass bei Kontonummer 0050000-0065000 - Grunderwerb inklusive Investitionen Öko-Konto - zusätzlich eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.380.000 € (fällig in 2004) für den Ankauf von Grundstücken im Umlegungsgebiet Breslauer Straße benötigt wird. Er bittet den Ausschuss, diese bereitzustellen.

Unter der obigen Änderung fasst der Ausschuss folgenden Beschluss:

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2003 und der Investitionsplan für die Jahre 2003 bis 2006 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung“ werden unter Berücksichtigung der obigen Ergänzung beschlossen.

**12 Beratung über den Haushaltsplanentwurf 2003
hier: Hochbaumaßnahmen FB 6**

Die Verwaltung beantwortet einige von den Ausschussmitgliedern gestellte Fragen. Die Ansätze mussten herabgesetzt werden, um die in einem Haushaltssicherungskonzept vorgeschriebene Nettokreditaufnahme zu erreichen. Diese Änderungen haben zur Konsequenz, dass einige Maßnahmen gestreckt werden mussten bzw. andere zur Zeit nicht durchgeführt werden können. Man hat versucht, alle Auswirkungen hieraus mit den Schulen abzustimmen.

Sowohl Frau Böcher als auch die Herrn Freese und Ziffus bemängeln den Zustand der städtischen Schulen. Sie sind der Auffassung, dass in der Vergangenheit nicht genü-

gend für die Unterhaltung der Schulgebäude getan wurde. Wenn jetzt in dem vorgeschlagenen Umfang gespart werde, hätte, dies in den folgenden Jahren zur Konsequenz, dass erhebliche höhere Mittel benötigt würden. Sie appellieren an die anderen Ausschussmitglieder, alles Mögliche zu versuchen, um in diesem Bereich doch noch mehr Haushaltsmittel bereitzustellen.

Nach einer Diskussion um den Zustand der städtischen Schulen fasst der Ausschuss folgenden Beschluss:

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich** (9 Ja-Stimmen der Fraktionen von CDU und F.D.P.; 6 Nein Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der KIDinitiative)

Beschluss:

Der Rat hat die Beratung über den Haushaltsplanentwurf an die Fachausschüsse überwiesen.

Der Finanz- und Liegenschaftsausschuss beschließt dementsprechend unter Berücksichtigung des Beratungsergebnisses die als Anlage aufgeführten Ansätze aus dem Haushaltsplanentwurf 2003 unter Berücksichtigung der nachträglichen Einsparvorschläge.

Es handelt sich dabei um Hochbaumaßnahmen, die gemäß Haushaltsplanentwurf in die Zuständigkeit des Fachbereichs 6 (Grundstücksnutzung) fallen.

13 Beratung über den Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltssicherungskonzeptes der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2003 und das Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2002 - 2006

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, dass zunächst die Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes (Seite 23 ff. des Entwurfs des Haushaltssicherungskonzeptes für das Jahr 2003) beraten und darüber abgestimmt wird. Anschließend wird für die Haushaltssatzung und das Investitionsverfahren in gleicher Weise verfahren.

Im Ausschuss kommt man überein, so zu verfahren. Das Haushaltssicherungskonzept wird demnach wie folgt fachbereichsweise beraten

1. Fachbereich:

Herr Freese verweist auf den von der SPD-Fraktion gemachten Antrag.

Herr Dr. Kassner beantragt, die Maßnahme 1.2 nicht zu beschließen, bei der Maßnahme 1.7 jährlich nur eine Kürzung von 10.000 € vorzunehmen.

Frau Böcher schließt sich dem Antrag von Herrn Dr. Kassner an. Weiterhin beantragt sie, bei Punkt 1.1 keine Kürzung vorzunehmen.

Frau Ryborsch beantragt, bei den Punkten 1.1, 1.2 und 1.7 keine Kürzung vorzunehmen.

Sodann wird über die einzelnen Maßnahmen mit den Nummern 1.1 - 1.12 abgestimmt.

Die Maßnahme zu **Punkt 1.1** wird mehrheitlich (9 Ja-Stimmen der Fraktionen von CDU und F.D.P.; 6 Nein-Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der KIDitiative) beschlossen.

Die Maßnahme zu **Punkt 1.2** wird einstimmig abgelehnt.

Die Maßnahme zu **Punkt 1.3** wird einstimmig beschlossen.

Die Maßnahmen zu den **Punkten 1.4 - 1.6** werden einstimmig beschlossen.

Bei der Maßnahme zu **Punkt 1.7** wird mehrheitlich (9 Ja-Stimmen der Fraktionen von CDU und der KIDitiative; 5 Nein-Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bei 1 Enthaltung (der F.D.P.-Fraktion) lediglich eine Kürzung von 10.000 € beschlossen.

Die Maßnahmen zu den **Punkten 1.8 - 1.12** werden einstimmig beschlossen.

2. Fachbereich 3:

Die Maßnahmen zu den **Punkten 3.1 und 3.2** werden einstimmig beschlossen.

Die Maßnahme zu **Punkt 3.3** wird mehrheitlich (9 Ja-Stimmen der Fraktionen von CDU und der KIDitiative; 6 Nein-Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.) beschlossen.

3. Fachbereich 4:

Frau Ryborsch beantragt zunächst, die Zuschüsse für Karnevalsvereine um 30.000 € (20.000 € bei den Zuschüssen an die Vereine und 10.000 € bei den Zuschüssen für die Reinigung) zu kürzen, da auch in allen anderen kulturellen Bereich eingespart werde.

Hierzu erwidert Herr Kotulla, dass bei den Zuschüssen für die Karnevalsvereine bereits in den vergangenen Jahren Einsparungen eingetreten sind.

Herr Dr. Kassner fügt hinzu, dass bei den Zuschüssen an die kulturellen Einrichtungen eine Steigerung zu verzeichnen ist.

Der Antrag von Ryborsch wird sodann mehrheitlich (13 Nein-Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und der KIDitiative; 1 Ja-Stimme der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bei 1 Enthaltung (der F.D.P.-Fraktion) abgelehnt.

Die Maßnahmen zu den **Punkten 4.1 und 4.2** werden mehrheitlich (10 Ja-Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.; 4 Nein-Stimmen

der SPD-Fraktion) bei 1 Enthaltung (der Fraktion der KIDitiative) beschlossen.

Die Maßnahme zu **Punkt 4.3** wird mehrheitlich (9 Ja-Stimmen der Fraktionen von CDU und F.D.P.; 4 Nein-Stimmen der SPD-Fraktion) bei 2 Enthaltungen (der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der KIDitiative) beschlossen.

Die Maßnahme zu **Punkt 4.4** wird einstimmig beschlossen.

Die Maßnahme zu **Punkt 4.5** wird einstimmig beschlossen.

Die Maßnahme zu **Punkt 4.6** wird mehrheitlich (9 Ja-Stimmen der Fraktionen von CDU und der KIDitiative; 4 Nein-Stimmen der SPD-Fraktion) bei 2 Enthaltungen (der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.) beschlossen.

Die Maßnahme zu **Punkt 4.7** wird einstimmig (13 Ja-Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und der KIDitiative) bei 2 Enthaltungen (der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.) beschlossen.

Die Maßnahme zu **Punkt 4.8** wird einstimmig beschlossen.

Die Maßnahme zu **Punkt 4.9** wird mehrheitlich (10 Ja-Stimmen der Fraktionen von CDU, F.D.P. und der KIDitiative; 4 Nein-Stimmen der SPD-Fraktion) bei Enthaltung (der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beschlossen.

Für die F.D.P.-Fraktion beantragt Herr Dr. Fischer, bei der Maßnahme zu **Punkt 4.10** die Kürzungen wie folgt zu beschließen:

im Jahr 2004 40.000 €

im Jahr 2005 90.000 €

im Jahr 2006 130.000 €

und

im Jahr 2007 130.000 €

Dieser Antrag wird mehrheitlich (1 Ja-Stimme der F.D.P.-Fraktion, 14 Nein-Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der KIDitiative) abgelehnt.

Sodann wird über den Verwaltungsvorschlag abgestimmt:

Die Maßnahme zu **Punkt 4.10** wird einstimmig (14 Ja-Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, F.D.P. und der KIDitiative) bei 1 Enthaltungen (der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beschlossen.

Die Maßnahme zu **Punkt 4.11** wird einstimmig (14 Ja-Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, F.D.P. und der KIDitiative) bei 1 Enthaltungen (der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beschlossen.

4. Fachbereich 5:

Die Maßnahmen zu den **Punkten 5.1 - 5.4** werden einstimmig beschlossen.

Zu den **Punkten 5.5 - 5.7** stellt Herr Dr. Kassner den Antrag, dass die von der Verwaltung in allen Jahren zur Einsparung vorgeschlagenen Kürzungsbeträgen bei diesen Punkten insgesamt um 300.000 € zu kürzen sind. Außerdem soll folgender Auftrag an die Bürgermeisterin beschlossen werden:

„Die Bürgermeisterin wird beauftragt, in Zusammenwirken mit den Trägern der Kindertagesstätten und ihren Spitzenverbänden sowie den Grundschulen ein Detailkonzept zur Umsetzung des Budgetrahmens im Rahmen der HSK-Maßnahmen und des dort fixierten Zeitrahmens für den Bereich der Tagesbetreuung für Kinder zu erarbeiten und zur Beschlussfassung dem Rat und seinen Ausschüssen vorzulegen.“

Herr Hoffstadt ist der Auffassung, dass laut vorgelegtem Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes dieser Fachbereich im Vergleich zu den anderen Fachbereichen überproportional einsparen soll. Er hält dies für nicht vertretbar.

Hierzu erwidert Herr Kotulla, dass in den vergangenen Jahren, wo auch bereits Kürzungen vorgenommen wurden, der Jugend- und Sozialhilfebereich weitgehend ausgenommen wurde, obwohl die Kommunalaufsicht dies immer bemängelt hatte.

Nach eingehender Diskussion wird über den Anträge von Herrn Dr. Kassner abgestimmt, die mehrheitlich (9 Ja-Stimmen der Fraktionen von CDU und F.D.P.; 6 Nein-Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der KIDinitiative) angenommen werden.

Die Maßnahme zu **Punkt 5.8.1** wird einstimmig beschlossen.

Herr Dr. Kassner beantragt, die Kürzungen bei der Maßnahme zu **Punkt 5.8.2** nicht vorzunehmen. Dies wird einstimmig bei 1 Enthaltung (der F.D.P.-Fraktion) beschlossen.

Die Maßnahme zu **Punkt 5.9.1** wird mehrheitlich (10 Ja-Stimmen der Fraktionen von CDU, F.D.P. und der KIDinitiative; 5 Nein-Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beschlossen.

Die Maßnahme zu **Punkt 5.9.2** wird mehrheitlich (13 Ja-Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und der KIDinitiative; 2 Nein-Stimmen der SPD-Fraktion) beschlossen.

Die Maßnahme zu **Punkt 5.9.3** wird einstimmig beschlossen.

Die Maßnahme zu **Punkt 5.10** wird einstimmig beschlossen.

5. Fachbereich 7:

Die Maßnahme zu **Punkt 7.1** wird mehrheitlich (14 Ja-Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, F.D.P. und der KIDinitiative; 1 Nein-Stimme der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beschlossen.

Die Maßnahmen zu den **Punkten 7.2 - 7.6** werden einstimmig (14 Ja-Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, F.D.P. und der KIDinitiative) bei 1 Enthaltung (der Frakti-

on von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beschlossen.

6. Zentralhaushalt:

Zu **Punkt 9.1** beantragt Herr Dr. Kassner, Im Sammelnachweis Personalausgaben ab dem Jahr 2005 je 100.000 € jährlich mehr einzusparen.

Herr Freese stellt den Antrag, den Sammelnachweis Sachausgaben im Jahr 2005 zusätzlich 500.000 €, im Jahr 2006 zusätzlich 1 Mio. € und im Jahr 2007 zusätzlich 1.5 Mio. € zu kürzen.

Frau Ryborsch teilt mit, dass sie sich zu diesem Punkt enthalten wird, da zur Umsetzung der entsprechenden Einsparungen kein geeignetes Konzept vorhanden ist.

Zum Antrag von Herrn Dr. Kassner erwidert Herr Kotulla, dass der Personaletat bereits jetzt voll ausgeschöpft sei. Weitere Einsparungen sind aus seiner Sicht nicht vertretbar.

Auch Herr Dr. Fischer beantragt, im Sammelnachweis Personalausgaben ab dem Jahr 2005 je 500.000 € jährlich mehr einsparen.

Sodann wird über die Anträge wie folgt abgestimmt:

Der Anträge von Herrn Freese und Herrn Dr. Fischer werden mehrheitlich (8 Nein-Stimmen der CDU-Fraktion; 6 Ja-Stimmen der Fraktionen von SPD, F.D.P. und der KIDinitiative) bei 1 Enthaltung (der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) abgelehnt.

Der Antrag von Herrn Dr. Kassner wird mehrheitlich (8 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion; 5 Nein-Stimmen der Fraktionen von SPD und F.D.P.) bei 2 Enthaltungen (der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der KIDinitiative) angenommen.

Die Maßnahmen zu den **Punkten 9.2 - 9.3** werden einstimmig beschlossen.

Herr Freese beantragt bei der Maßnahme zu **Punkt 9.4**, dass die Anpassung der kalkulatorischen Verzinsung ab dem Jahr 2005 um jeweils 2 Mio. € geringer erfolgt.

Herr Dr. Fischer beantragt, diese Anpassung der kalkulatorischen Verzinsung bereits ab dem Jahr 2004 zur Jahresmitte vorzunehmen und daher in diesem Jahr in einer Höhe von 2 Mio. €.

Auf Einwände von Herrn Muth hierzu, dass dies nicht zur Mitte eines Jahres erfolgen kann, zieht Herr Dr. Fischer seinen Antrag zurück.

Sodann wird wie folgt abgestimmt:

Der Antrag von Herrn Freese wird mehrheitlich (9 Nein-Stimmen der Fraktionen von CDU und F.D.P.; 4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion) bei 2 Enthaltungen (der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) abgelehnt

Der Verwaltungsvorschlag zu **Punkt 9.4** wird mehrheitlich (10 Ja-Stimmen der Frak-

tionen von CDU, F.D.P. und der KIDitiative; 4 Nein Stimmen der SPD-Fraktion) bei 1 Enthaltung (der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beschlossen.

Zu den **Punkten 9.5 - 9.8** stellt die SPD-Fraktion einige Anträge (Änderung der Hebesätze bei der Grund- und Gewerbesteuer, Kürzung des Zuschusses an die Stadtverkehrsgesellschaft und Anpassung der Kreisumlage im Zusammenhang mit der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft), die mehrheitlich (9 Nein-Stimmen der Fraktionen von CDU und F.D.P.; 4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion) bei 2 Enthaltungen (der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der KIDitiative) ablehnt werden.

Die von der Verwaltung im Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes vorgeschlagenen Maßnahmen zu den **Punkten 9.5 - 9.8** werden nicht abgestimmt, da bereits hierzu an anderer Stelle Beschlüsse gefasst wurden.

Nunmehr wird über den Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes als Ganzes abgestimmt.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	mehrheitlich	(8 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion; 7 Nein-Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und der KIDitiative)
------------------------------------	--------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Beschlussvorschlag:

Das Haushaltssicherungskonzept für das Jahr 2003 wird unter Berücksichtigung der vom Finanz- und Liegenschaftsausschuss vorgeschlagenen Änderungen beschlossen.

Nunmehr wird über den Entwurf der Haushaltssatzung für das Jahr 2003 beraten, wobei man übereinkommt, die verschiedenen Änderungslisten einzeln zu beraten.

Die Veränderungen der Seiten 2 bis 6 der Änderungslisten (Veränderungen, die sich aus dem Haushaltssicherungskonzept ergeben) werden unter Berücksichtigung der vom Finanz- und Liegenschaftsausschuss im Zusammenhang mit der Beratung des Haushaltssicherungskonzeptes vorgeschlagenen Änderungen mehrheitlich (9 Ja-Stimmen der Fraktionen von CDU und F.D.P.; 6 Nein-Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der KIDitiative) beschlossen.

Zu den Veränderungen der Seiten 7 bis 13 (sonstige Verwaltungsvorschläge) stellt Herr Waldschmidt klar, dass die zusätzliche Mittelbereitstellung bei Hst. 820 715 10 - Zuschuss Stadtverkehrsgesellschaft- nicht mit dem Geschäftsführer der Stadtverkehrsgesellschaft abgestimmt sei und auch nicht in den Wirtschaftsplan der Stadtverkehrsgesellschaft gehöre. Es handelt sich um vertragliche Vereinbarungen vor der Gründung der Stadtverkehrsgesellschaft.

Herr Muth sichert zu, diese Angelegenheit bis zur Ratssitzung zu klären.

Die Veränderungen der Seiten 7 bis 13 (sonstige Verwaltungsvorschläge) werden vorbehaltlich der Klärung durch die Verwaltung für die zusätzliche Mittelbereitstellung bei Hst. 820 715 10 -Zuschuss Stadtverkehrsgesellschaft- mehrheitlich (9 Ja-Stimmen der Fraktionen von CDU und F.D.P.; 4 Nein-Stimmen der SPD-Fraktion) bei 2 Enthaltungen (der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der KIDinitiative) beschlossen.

Die Veränderungen der Seiten 14 bis 15 (Beschlüsse aus den Ausschüssen) werden mehrheitlich (14 Ja-Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, F.D.P. und KIDinitiative; 1 Nein-Stimme der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beschlossen.

Frau Böcher beantragt, die Aufwandsentschädigung und die Sitzungsgelder für Ratsmitglieder pauschal um 20 % zu kürzen. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf Sondergenehmigungen, die andere Städte bereits erhalten haben.

Dieser Antrag wird mehrheitlich (13 Nein-Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; 2 Ja-Stimmen der Fraktionen von F.D.P. und der KIDinitiative) abgelehnt.

Nunmehr wird über den Entwurf der Haushaltssatzung als Ganzes abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich (8 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion; 7 Nein-Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und der KIDinitiative)

Beschlussvorschlag:

Die Haushaltssatzung für das Jahr 2003 wird unter Berücksichtigung der vom Finanz- und Liegenschaftsausschuss vorgeschlagenen Änderungen beschlossen.

Nunmehr steht der Entwurf des Investitionsprogramms für die Jahre 2002 - 2006 zur Beratung an, wobei auch hier die verschiedenen Änderungslisten einzeln beraten werden.

Die Veränderungen der Seiten 17 bis 18 (Veränderungen, die sich aus dem Haushaltssicherungskonzept ergeben) werden unter Berücksichtigung der vom Finanz- und Liegenschaftsausschuss im Zusammenhang mit der Beratung des Haushaltssicherungskonzeptes vorgeschlagenen Änderungen mehrheitlich (9 Ja-Stimmen der Fraktionen von CDU und F.D.P.; 4 Nein-Stimmen der SPD-Fraktionen) bei 2 Enthaltungen (der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der KIDinitiative) beschlossen.

Die Veränderungen der Seiten 19 bis 21 (sonstige Verwaltungsvorschläge) werden mehrheitlich (8 Ja-Stimmen der CDU-Fraktionen von CDU; 4 Nein-Stimmen der SPD-Fraktion) bei 3 Enthaltungen (der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und der KIDinitiative) beschlossen.

Nunmehr wird über den Entwurf des Investitionsprogramms als Ganzes abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich (8 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion; 4 Nein-Stimmen der SPD-Fraktion) bei 3 Enthaltungen (der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und der KIDinitiative)

Beschlussvorschlag:

Das Investitionsprogramm für die Jahre 2002 - 2006 wird unter Berücksichtigung der vom Finanz- und Liegenschaftsausschuss vorgeschlagenen Änderungen beschlossen.

14 Haushaltsreste-Liste 2002

Nachdem Herr Muth einige Fragen von Dr. Fischer geklärt hat, fasst der Ausschuss folgenden Beschluss:

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich** (14 Ja-Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, F.D.P. und der KIDinitiative; 1 Nein-Stimme der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beschlussvorschlag:

Die Verwendung der in der Anlage beigefügten Haushaltsreste wird beschlossen.

15 Antrag der CDU-Fraktion vom 13.03.2003 zur Neufassung der Satzung zur Erhebung von Gebühren für Märkte und andere marktähnliche Veranstaltungen, Kirmessen, Schützenfeste und Zirkusveranstaltungen im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach

Durch die Beschlussfassung zu TOP A 8 - Satzung zur Erhebung von Sondernutzungsgebühren für Märkte und andere marktähnliche Veranstaltungen, Kirmessen, Schützenfeste und Zirkusveranstaltungen auf Straßen, Wegen und Plätzen im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach- hat sich die Behandlung dieses Antrages erledigt.

16 Anfragen der Ausschussmitglieder

Auf die Frage von Herrn Dr. Kassner zu rechtlichen Zulässigkeit der unter TOP A 13 von Frau Böcher beantragten Kürzung der Aufwandsentschädigung und der Sitzungs-

gelder für Ratsmitglieder antwortet Herr Muth, dass seines Wissens nach eine Ausnahmegenehmigung durch das Innenministerium erforderlich ist. Ihm ist aber bekannt, dass bereits Städte eine solche Ausnahmegenehmigung erhalten haben sollen.

Da keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Ausschussvorsitzende um 19:40 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.